



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-112
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:
Markus Weidling
Bundesgeschäftsführer

markus.weidling@bfw-bund.de
www.bfw-bund.de
www.bfw-newsroom.de

Twitter: @BFWBund

BFW-PRESSEMITTEILUNG

Bauministerkonferenz

BFW-Präsident: 1 Milliarde Euro für KfW40-Förderung nicht einmal Tropfen auf den heißen Stein

Berlin, 24.02.2022. Vor der heutigen Bauministerkonferenz warnt der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen vor einer erheblichen Unterfinanzierung der Neubauförderung: „Bei dem, was derzeit an geplanten Wohnungen in der Pipeline steckt, die nach dem förderfähigen KfW40-Standard gebaut werden sollen, ist das von der Bundesregierung in Aussicht gestellte Gesamt-Fördervolumen von einer Milliarde Euro nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein“, erklärte BFW-Präsident Andreas Ibel in Berlin.

„Wenn die Bauministerinnen und Bauminister heute zusammenkommen, dann müssen sie schnell Einigkeit finden, wie klimagerechter Neubau wirkungsvoll gefördert werden kann. Denn nur mit Förderung kann Klimaschutz und bezahlbares Wohnen funktionieren.“

Die Bundesregierung hat bis Jahresende eine Milliarde Euro für die Neubauförderung auf Basis des KfW40-Standards in Aussicht gestellt. Wenn man von mindestens 100.000 Wohneinheiten ausgeht, die jetzt schon in der Pipeline sind, dann bleiben gerade mal 10.000 Euro pro Wohneinheit übrig. Die Mehrkosten für den hohen energetischen Standard sind aber um ein Vielfaches höher. Da braucht man kein Prophet zu sein, um vorherzusagen, dass viele dieser Wohnungen nicht mehr gebaut werden oder mit einem erheblich schlechteren Effizienzstandard“, sagte der BFW-Präsident weiter.

„Es ist richtig und gut, dass eine weitere Milliarde für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus nach dem KfW55-Standard vom Bund zur Verfügung gestellt wird. Aber gleichzeitig zeigt es eben auch, dass dieser Standard für niedrige Mieten nicht ohne Förderung auskommt. Also müssen die Bauministerinnen und Bauminister heute auch ein deutliches Signal Richtung Bundesminister Habeck senden: EH55 darf nicht zum gesetzlichen Mindeststandard werden“, so BFW-Präsident Ibel.

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerboneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.